

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/028

Chronik vom 18. Februar 1999 bis zum 15. Juli 1999

18.02.1999

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Februar 1999 über Rußlands Verschuldung im Westen: >>**Hungriger Bär**

Es ist eine alte Schuldner-Weisheit: Wer einen kleinen Kredit aufnimmt, der ist der Bank ausgeliefert. Wer dagegen einen großen Kredit erhalten hat, dem gehört die Bank.

Denn mit der Größe des Betrages steigt die Angst, das ganze Geld zu verlieren - und dies fördert die Bereitschaft, immer neue Finanzspritzen zu genehmigen. Nicht nur Betrüger nutzen diese Erkenntnis, sondern auch Staaten wie Rußland. ...

Erstaunlich bekannt klingt aber auch das zweite Motiv für die wieder wachsende Großzügigkeit. Denn wie früher wird Geld wohl im Gegenzug für russisches Wohlverhalten verteilt werden müssen. Deutsche Milliarden haben damals den Abzug russischer Panzer aus den neuen Bundesländern ermöglicht. ...

Dies mag verwerflich klingen, ist es aber nicht. Denn für die westlichen Regierungen gibt es kaum eine Alternative. Schon weil Rußlands Militärpotential die ganze Welt zerstören könnte, kann man dem Land nicht einfach die Daumenschrauben ansetzen und es zum wirtschaftlichen und politischen Außenseiter verkommen lassen. ... <<

06.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1999 über die sowjetischen Enteignungen in Mitteldeutschland von 1945 bis 1949: >>**"Ermordung und Enteignung – das kann nicht rechtens sein"**

Sie geben keine Ruhe. Immer wieder ziehen sie vors Verfassungsgericht, klagen bei der EU. Warum sind die Enteigneten von 1945/49 nicht bereit, ein schwieriges Kapitel der Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen?

... Am 15. Juni 1990 haben die beiden deutschen Regierungen verkündet, daß die Enteignungen im Zuge der sogenannten Bodenreform in der SBZ nicht rückgängig gemacht werden.

Zweimal, 1991 und 1996, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Unumkehrbarkeit der Enteignungen vor 1949 rechtens ist. Und doch geben die einstigen Großgrundbesitzer keine Ruhe.

Seit 8 Jahren kämpfen sie als "Verlierer der Wiedervereinigung" gegen die "Fortsetzung des

kommunistischen Enteignungsunrechts durch die Bundesrepublik Deutschland".

Ihre Forderung: Sie wollen im wesentlichen so behandelt werden wie die Land-, Haus-, Gewerbe- oder Fabrikbesitzer, die nach 1949 von den Behörden der DDR enteignet worden sind. Sie wollen entweder Rückgabe des Teils ihres ehemaligen Eigentums, der sich heute in Staatsbesitz befindet oder eine angemessene Entschädigung. ... "Es geht nicht um unser Eigentum, sondern um den Rechtsstaat schlechthin." ...

Ein Politikum wurde erst daraus, als die beiden Deutschlands vereinigt wurden. "Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik haben immer gesagt, die Enteignung sei bitteres Unrecht gewesen und müsse irgendwann wieder gutgemacht werden – und dann, als die Regierung Kohl die Chance dazu hatte, hat sie es nicht getan."

Im Gegenteil. Mit der Aufnahme des Absatzes Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen" in den Einigungsvertrag hat die Bundesrepublik nachträglich zum Recht erhoben, was bis dahin auch im Völkerrecht als Unrecht galt – die Enteignung von Privateigentum durch eine Siegermacht.

Das sei nötig gewesen, hat die Regierung Kohl danach immer wieder versichert, weil die Sowjetunion die Wiedervereinigung andernfalls niemals zugelassen hätte. Diese Behauptung ist inzwischen weitgehend erschüttert worden, sogar durch den einstigen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Der jüngste Einspruch wurde erst in der vergangenen Woche veröffentlicht: eine eidesstattliche Erklärung des Beauftragten der DDR-Regierung bei den Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit, des CDU-Politikers Günther Krause. Klipp und klar heißt es da: "Von einer solchen Vorbedingung der sowjetischen Verhandlungsseite ist mir nichts bekannt."

... Von den im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Flächen werden gerade mal 30 Prozent von Neusiedlern bewirtschaftet – der Rest befindet sich derzeit in Staatseigentum. Nur auf dieses Land, das nicht bereits anderen Privatleuten gehört, erheben die Enteigneten Anspruch.

Das sind immerhin 1,5 Millionen Hektar ehemals von den volkseigenen LPGs bewirtschafteter Äcker, Weiden und Forsten – und für die kassiert die staatliche Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) die Pacht. Mehr als 60.000 Hektar Felder und Forsten hat sie bereits verkauft. Im Jahr 2004 dann soll den ursprünglichen Besitzern dieser Flächen eine "Ausgleichszahlung" von durchschnittlich 10 Prozent der beschlagnahmten Vermögenswerte gezahlt werden.

Mit diesem bescheidenen Ausgleich anstelle einer vollwertigen Entschädigung geben sich die Enteigneten nicht zufrieden. Ihr 8 Jahre währender Widerstand hat ihnen in großen Teilen der Bevölkerung wie der Politik den Ruf eingetragen, auf Kosten mühselig um ihre Existenz kämpfender Bauern in Ostdeutschland die "Herrschaft der Junker" wieder auferstehen lassen zu wollen. Die einstigen Großgrundbesitzer aber sind davon überzeugt, daß sie von der Regierung Kohl in ein "Sonderopfer für die Wiedervereinigung" gezwungen worden sind.

Deshalb mag Lüder (einer von den rund 1.800 enteigneten Großgrundbesitzern von 1945) das verächtliche Wort vom gierigen Junker nicht mehr hören. Bitter zitiert der 76jährige das, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1996 eingeräumt hat:

"Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben wir geglaubt, mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können."<<

09.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1999: >>**Bonn und Prag wollen einen Schlußstrich**

Bundeskanzler Gerhard Schröder und der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman wollen

das Verhältnis beider Staaten "zukunftsorientiert ausbauen" und einen Schlußstrich unter die Ereignisse nach dem Kriegsende ziehen.

Beide kamen am Montag in Bonn überein, daß die Vertreibung der sudetendeutschen die Beziehungen nicht mehr belasten solle.

Schröder sagte, die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Daraufhin warf die CSU Schröder vor, er habe "das Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen zu den Akten gelegt". ...

Der Kanzler befürwortete "ohne Einschränkung" die Aufnahme Prags in die EU, ohne sich auf einen Termin festzulegen. Damit könne nach dem NATO-Beitritt eine dauerhafte Stabilisierung in Richtung Osteuropa erreicht werden.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Der UNO-Menschenrechts-Ausschuß, dessen Sekretär ich mehrere Jahre war, hat die Diskriminierung in der Gesetzgebung und in der Praxis der Wiedergutmachung in Tschechien wiederholte Male festgestellt - Diskriminierung gegenüber Tschechen, Juden, aber auch gegenüber Sudetendeutschen. ...

Liegt es vielleicht daran, daß die deutsche Regierung dies nicht will, und so - anstatt das Völkerrecht zu behaupten, es eigentlich durch Diskriminierung korrumpiert - und den eigenen Landsleuten in den Rücken fällt? Diese Diskriminierung kann justiziabel sein - sowohl in Straßburg als auch in Genf.

Zwar geschahen die Konfiskationen meistens 1945 - also lange vor der Erschaffung der Straßburger und Genfer Tribunale, was bedeuten würde, daß die Konfiskationen *ratione temporis* (erst ab ihrem Inkrafttreten) außerhalb der Kompetenz von diesen Organen liegen würden, der Tatbestand der Diskriminierung aber beinhaltet eine separate Handlung, eine neue Verletzung des Völkerrechts, die nach dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschehen ist und noch geschieht. ...

In der Tat, nimmer endet die Vertreibung, denn zur Zeit wird versucht den Vertriebenen, ihren Kindern und Enkelkindern ihrer Identität und Ihrer Ehre zu berauben. Nicht nur sind es die eigentlichen Täter, nämlich die Vertreiber-Staaten, sondern ist es auch die eigene deutsche Regierung, die den Vertriebenen den diplomatischen Schutz verweigert und der historischen Wahrheit für kurzfristige politische Strategien opfert, oder gar - so banal wie dies klingen mag - die Ehre und die Geschichte im Namen des Kapitals und des Geschäftes opfert.

... Ich bezweifle, daß Frieden und Freundschaft in Europa auf der Basis von Verlogenheit aufgebaut werden können. Aber, wie Günther Grass einen anderen seiner Romane betitelte - das ist wohl "Ein weites Feld". ...<<

10.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. März 1999: >>... Die Bundesregierung ist Vorwürfen der CSU und der Sudetendeutschen entgegengetreten, Bundeskanzler Schröder (SPD) habe auf Vermögensansprüche der Vertriebenen in Tschechien verzichtet. "Selbstverständlich haben wir nicht auf Rechtspositionen verzichtet", sagte Schröders außenpolitischer Berater im Kanzleramt, Michael Steiner.

Den Sudetendeutschen bleibe es unbenommen, vor tschechischen Gerichten zu klagen. Diese Rechtspositionen könne die Bundesregierung den Vertriebenen nicht nehmen.

Schröder war am Montag in Bonn mit Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman zusammenkommen. Der Kanzler habe dabei klargestellt, daß die Bundesregierung keine Vermögensfragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufwerfen werde, sagte Steiner.

Diese Klarstellung sei vor allem von psychologischer Bedeutung, "insofern es die deutsch-tschechischen Beziehungen entsäuert". Schröders "befreiende Worte" hätten den Tschechen

die Angst genommen, die Bundesregierung könnte Vermögensansprüche der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen verfolgen. ...

Steiner bekräftigte, daß Zeman bei dem Treffen klargestellt habe, daß die Wirksamkeit der sog. Benesch-Dekrete aus Sicht der tschechischen Regierung inzwischen erloschen sei. ...

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble hielt Schröder vor, "in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung" gebrochen zu haben. CSU-Chef Edmund Stoiber sagte, Schröder habe der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen einen "verheerenden Dienst" erwiesen.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erwägt rechtliche Schritte gegen die Bundesregierung. Mit seinem Verhalten verzichte der Kanzler offenbar auf privatrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen, erklärte der Verband.

In Prag reagierten Oppositionspolitiker mit verhaltener Zustimmung auf die Äußerungen Zeman, ein Teil der sog. Benesch-Dekrete zur Enteignung sei "erloschen".

Diese Dokumente seien "heute selbstverständlich nicht mehr aktuell", sagte der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil. Die Dekrete seien aber auch "untrennbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung".<<

13.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>Scharping: Gewinn für Deutschland

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

24.03.1999

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. März 1999: >>VW entschuldigt sich bei den Tschechen

Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat sich für eine Anzeige in tschechischen Zeitungen entschuldigt.

Die Prager Filiale der Firma hatte am 15. März mit einer militär-ähnlichen Landkarte Tschechiens und dem Titel "Große Frühjahrs-Offensive" für ihre Wagen geworben. Am Tage der Veröffentlichung der Anzeige in mehreren Tageszeitungen erinnerten Opferverbände des Landes an die Errichtung des "Protectorats Böhmen und Mähren" durch das NS-Regime am 15. März 1939. ...<<

03.04.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 1999: >>Ex-Zwangsarbeiter protestieren in Polen

Frühere Zwangsarbeiter haben am Mittwoch in Polen vor den diplomatischen Vertretungen Deutschlands eine schnelle Entschädigung der polnischen NS-Opfer gefordert. ...

"Es gibt keine Aussöhnung ohne eine Wiedergutmachung", riefen die Protestteilnehmer. ...<<
19.04.1999

BRD: Die Nienburger Tageszeitung "DIE HARKE" berichtet am 19. April 1999: >>50jähriges Bestehen kein Grund zum Feiern

... Das 50jährige Bestehen der Landsmannschaften Schlesien und Sudetenland ist Anlaß zum Gedenken, aber kein Grund zum Feiern."

Mit diesem Satz faßte ... Friedrich Schmidt von der sudetendeutschen Landsmannschaft die Stimmung der Gedenkfeier ... in Worte. ... Er appellierte, das Unrecht der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. ... "Angesichts der täglichen Bilder aus dem Kosovo wird die Erinnerung an das eigene Schicksal wieder hellwach."

Eines wurde deutlich: Wichtigstes Anliegen der Landsmannschaften ist es, daß die Regierungen Polens und Tschechiens offiziell die Vertreibung der Deutschen als Unrecht anerkennen. "Eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn darf keine Einbahnstraße sein.

Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind die Voraussetzungen eines gemeinsamen Weges zu Frieden und Freiheit", betonte Heinz Menschik für die Landsmannschaft der Schlesier. Einig ist er sich mit Friedrich Schmidt in der Bewertung der Landsmannschaften: "Sie bewahren den Heimatgedanken über viele Jahre. Ohne sie wären Schlesien, Pommern, Ostpreußen und das Sudetenland in Vergessenheit geraten. ... "Die jungen Menschen wissen heute kaum noch etwas über die Ostgebiete. Es wird ja auch kaum noch darüber gesprochen."<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt über das unsägliche Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/196): >>... Es wäre auch unmenschlich zu erwarten, daß die deutschen Vertriebenen einfach vergessen, was mit ihnen geschehen ist. Es gibt kaum einen Vertriebenen, der während der Vertreibung nicht einen nahen Angehörigen verloren hat, denn über zwei Millionen Menschen haben die Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Auch wenn sich die Vertriebenen inzwischen ein neues Zuhause im Westen aufgebaut haben und ausdrücklich auf jede Form von Gewaltanwendung zur Rückgewinnung des ihnen entrissenen Landes verzichten, wünschen sie doch eine gewisse Anerkennung des Opfers, das sie bringen mußten.

Wer unter ihnen idealistisch denkt, hofft, das ihr Erlebnis als Beispiel wirken möge und anderen Völkern die Tragödie der Entwurzelung erspart bleibe. Denn wenn die Erfahrungen der deutschen Vertriebenen als Fallstudie und als Warnung vor künftigen Vertreibungen dienen sollen, müssen die Tatsachen allgemein bekannt werden.<<

22.04.1999

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schreibt am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers wilde Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>"Staatsmann des Jahrzehnts"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

04.05.1999

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1999 (x268/30): >>Zum

ersten Mal ist in Deutschland ein Angeklagter rechtskräftig wegen Völkermordes verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte im Ergebnis ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das den bosnischen Serben Nicola Jorgic wegen der Ermordung von insgesamt 30 Menschen verurteilt hatte. ...

Der Bundesgerichtshof stellte klar, daß Völkermord nicht die Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe voraussetze; das hatten die Verteidiger des Angeklagten behauptet. Die Richter hielten es vielmehr für maßgeblich, daß es Jorgic um die Vernichtung der nordbosnischen Muslime gegangen sei; auch das erfülle den Tatbestand des Völkermordes.

Danach ist ausreichend, wenn jemand in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder der Gruppe tötet, ihnen schwere Schäden zufügt oder die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung herbeizuführen.<<

15.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Mai 1999: >>Ehemalige KZ-Häftlinge verklagen Dresdner Bank

Rund 22.000 ehemalige polnische KZ-Häftlinge haben die Dresdner Bank auf 5,4 Milliarden Mark Entschädigung verklagt.

Sie verlangen Wiedergutmachung für ihre Gefangenschaft, erlittene Mißhandlungen und nicht bezahlte Zwangsarbeit. ...<<

18.05.1999

Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Mai 1999: >>Anti-deutsche Attacken häufen sich in Holland

Touristenstadt Hoorn schockiert über Ausschreitungen

Ein "Sieg heil" prangt auf der Motorhaube. In den Lack eines Mercedes ist ein Hakenkreuz geritzt. Ein anderer Wagen mit SS-Runen besprüht. Antennen, Außenspiegel, Scheibenwischer sind bei vielen Autos abgerissen. 4 Wagen werden angezündet und brennen völlig aus. Insgesamt sind 14 Autos schwer beschädigt, 13 davon tragen deutsche Nummernschilder.

Das ist die traurige Bilanz antideutscher Ausschreitungen in dem nordniederländischen Städtchen Hoorn am IJsselmeer am vergangenen Wochenende. ...

... Fast jeden Sommer haben es Täter in den niederländischen Küstenstädten ausschließlich auf Autos mit deutschen Kennzeichen abgesehen. ...

"Ich finde diesen Vorfall schrecklich", sagte eine Sprecherin des niederländischen Büros für Tourismus. "Aber nicht alle Niederländer sind deutschfeindlich."

Viele Studien zeigen indes, daß sich in den Niederlanden Vorurteile gegenüber Deutschen hartnäckig halten. Besonders unter Jugendlichen gilt es oft als "cool", antideutsch zu sein. Viele meinen, Deutsche seien vor allem "kriegslüstern" oder gar unverbesserliche Nazis. Ihr Deutschland-Bild speist sich im wesentlichen aus der Darstellung schlechter Erfahrungen aus der Nazizeit.<<

22.05.1999

BRD: Der Schriftsteller Michael Kleeberg schreibt am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich

zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/2001) berichtet später über die linksradikale Vergangenheit der "grünen" Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin in den sechziger und siebziger Jahren: >>Die verlorene Ehre der Apo

Die linksradikale Vergangenheit der grünen Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin hat die halb vergessenen sechziger und siebziger Jahre der Republik plötzlich zum Politikum gemacht. Doch rechte Räuberpistolen und linke Lebenslügen verstellen den Blick auf die wilde Epoche nach 1968.

Es gibt Argumente, die können verletzen wie ein Farbbeutel, dessen Aufprall einem das Trommelfell zerfetzt. Wenn jemand Joschka Fischers rabiate Straßenkampf-Aktionen in den Siebzigern "irgendwo zwischen Faschismus und Neonazis" einordnet, kriegt der einstige Linksradikale vor Schmerz und Wut "solch einen Hals".

Der böse Vergleich mit rechten Rabauken schallt dem zweitwichtigsten Politiker der drittmächtigsten Industrienation entgegen, seit jene Fotos aus dem Jahre 1973 aufgetaucht sind, auf denen der schwarz behelmte Streetfighter Fischer, damals knapp 25, auf einen zu Boden gerissenen Polizisten einprügelt (SPIEGEL 2/2001).

Seither wird in Parteiveranstaltungen und Parlamenten, in Talkshows und Kneipen erbittert darüber debattiert, ob ein Mann Minister bleiben darf, der in gar nicht mal allzu jungen Jahren unzweifelhaft Gewalt gepredigt und geübt hat - wemgleich er später deutlich auf Distanz zur Militanz gegangen ist.

Die politischen und moralischen Dimensionen dieser Frage wurden deutlich, als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) den Außenminister mit dem Argument zu verteidigen versuchte, es sei schließlich ja auch "vorstellbar", daß einer der gewalttätigen Neonazis von heute "in 20 Jahren", nach politischer Läuterung, in Berlin als Minister vereidigt wird.

Aus Sorge, braune Ausländerfeinde könnten sich auf die Prügel-Vergangenheit des grünen Außenministers berufen, forderte als Erster der jüdische Bundeswehr-Historiker Michael Wolffsohn den Rücktritt Fischers.

Beifall wiederum zollten dem Minister falsche Freunde, die beflissen jene Straßenmilitanz rechtfertigten, die Fischer selbst seit langem ablehnt. Beistand kam allerdings auch von gänzlich anderer Seite: Der einstige CDU-Scharfmacher Heiner Geißler, 70, nahm den "vom Saulus zu Paulus" gewordenen Grünen in Schutz - womöglich weil er sich eigener Jugendsünden erinnerte: Als 22-jähriger Jesuiten-Zögling war Geißler nach eigenen Angaben "in der Logistik" der Südtiroler Nationalisten tätig; die "Bumser" wehrten sich mit Anschlägen gegen eine italienische Überfremdung ihrer Alpenheimat.

Während die FDP erwog, einen Untersuchungsausschuß zur Klärung von Fischers Vergangenheit zu beantragen, bescherte die Debatte dem grünen Star zunächst nur einen kleinen Knick in der Popularitätskurve - er sackte auf der Beliebtheitskala von Platz eins (vor Schröder) auf Platz zwei (hinter Schröder). Der Kanzler zeigte sich dennoch alarmiert. Denn die Berliner Koalition, so weiß Schröder, ist kaum denkbar ohne seinen grünen Vize - der nun täglich mit neuen Enthüllungen über Brandflaschen-Einsätze oder Terroristenkontakte rechnen muß.

Schröders Sorgen wuchsen, als Anfang vergangener Woche auch noch sein grüner Umweltminister Jürgen Trittin in die Schlagzeilen kam: Vorwürfe, der einstige Maoist habe sich nicht eindeutig genug von einem Pamphlet distanziert, in dem 1977 ein Göttinger Student (Pseudonym: "Mescalero") "klammheimliche Freude" über den RAF-Mord an Generalbundesanwalt

Siegfried Buback gestand, machten auch die linksradikale Phase im Leben Trittins zum Tagesthema.

Von den Schlagschatten ihrer Vergangenheit sehen sich die Grünen-Promis nun permanent verfolgt - so etwa, als Fischer im Prozeß gegen einen langjährigen Kampfkumpanen, den wegen dreifachen Mordes angeklagten Opec-Attentäter Hans-Joachim Klein, 53, gehört wurde.

Als Fischer, beschützt von sechs Leibwächtern, das Gerichtsgebäude verließ, verteilten CDU-Junioren ein Flugblatt mit zwei ganz ähnlichen Fotos: jenem vom Sponti Fischer, der auf den Frankfurter Schupo Rainer Marx einprügelt, und einem, auf dem deutsche Hooligans während der Fußball-WM 1998 den französischen Polizisten David Nivel halb tot schlagen.

Sind solche Vergleiche nichts als Demagogie, gar Ausdruck eines "neuen McCarthyismus", den die "Süddeutsche Zeitung" bereits an die Wand malte - oder doch die im Meinungsstreit statthafte Überspitzung einer Frage, der sich auch ein Fischer stellen muß?

Immerhin: Der Minister selbst ("Ja, ich war militant") hat bereits 1977 über seine Sponti-Einstellung Auskunft gegeben, die sich von der stupiden Gewaltgeilheit der Glatzen von heute tatsächlich kaum abhob. Fischer damals selbstkritisch:

Ich lernte, in der Gewalt zu leben, mit ihr - erfolgreich! - umzugehen und mich psychisch total darauf auszurichten ... Daraus wurde dann leicht die Lust am Schlagen, ein tendenziell sadistisches Vergnügen.

Der mit vergilbten Zitaten geführte Streit über Staatsfeinde von einst, die sich heute als Staatsmänner präsentieren, hat den Deutschen plötzlich und unerwartet eine dritte große Debatte über die Bewältigung ihrer Vergangenheit beschert.

Diesmal geht es nicht um die Nazi- oder die Stasi-Zeit, sondern, delikaterweise, um die Vergangenheit jener, die sich vor einem Dritteljahrhundert selbst als Antifaschisten und teils als Kommunisten verstanden und die Generation ihrer Eltern pauschal mit einem "Nazi-Kontinuitätsverdacht" (Fischer) überzogen haben.

"Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die wir von unseren Eltern gefordert haben, müssen wir nun selbst vollziehen", hat die niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Silke Stokar begriffen: "Für manche mag das schmerzhaft sein."

So stehen nun die späten sechziger und die siebziger Jahre auf der politischen Agenda - halb versunkene Zeiten, die auf viele Deutsche inzwischen "fremder wirken als selbst das Mittelalter", wie die "FAZ" staunte. Kein Wunder: Als der 25-jährige Joseph ("Joschka") Fischer in Frankfurt Putz machte, waren die heute 25-Jährigen noch nicht einmal gezeugt. Und die Älteren, gerade die Aktivsten von einst, leiden an Amnesie, wie der heute 52-jährige Fischer beklagte, als er im Klein-Prozeß nach Brandflaschenwürfen befragt wurde: "Nach 25, 26, 27 Jahren kommen Sie an die Grenzen dessen, was Gedächtnis leisten kann."

Weil zudem der Ausgang der neuen Geschichtsdebatte womöglich über Macht und Mehrheiten in Bund und Ländern mit entscheidet, ist die Gefahr der Geschichtsklitterung naturgemäß groß, wie schon der Auftakt der Kontroverse zeigt: Rechte Räuberpistolen und, mehr noch, linke Lebenslügen trüben manch einem den Blick auf die ohnehin seltsam nebulös wirkenden Rüpeljahre der Republik zwischen dem Anfang der Ära Kiesinger und dem Anbruch der Ära Kohl.

So zerfließt die Erinnerung an damals zu einer Collage aus disparaten Versatzstücken: softe Müsli-Typen in lila Latzhosen, aber auch Brutalos in schwarzer Ledermontur; heulende Demonstranten im Knüppelhagel und im Tränengasnebel, aber auch von Molotow-Cocktails entflammte Polizeiuniformen; pazifistische Pfarrer im Talar mit Gandhi-Bildern bei Sitzblockaden, aber auch die Nackedeis in der Jux-"Kommune 1".

Die Unschärfe der kollektiven Erinnerung kommt den Darstellern auf der politischen Bühne zupaß, die - je nach Couleur - den Außen- und den Umweltminister (und damit die rot-grüne Koalition) entlasten oder belasten, stabilisieren oder destabilisieren wollen.

Zu diesem Zweck werden in der Debatte, bisweilen nicht ohne Geschick, drei historische Teilabschnitte der Protestbewegung vermengt, die in Wahrheit nur wenig gemeinsam haben.

Da sind, erstens, die späten Sechziger, in denen die Revolte die Modelfarbe Rot bevorzugte - rot wie die Fahnen, die Studenten zum "Ho-Ho-Ho-Tschi-minh"-Stakkato schwenkten; rot wie der Plastikeinband der als Zeitgeist-Accessoire massenhaft verbreiteten "Mao-Bibel"; rot wie das allgegenwärtige Plakat mit Marx-Engels-Lenin und dem Bundesbahnslogan "Alle reden vom Wetter - wir nicht".

Da sind, zweitens, die Siebziger, in denen, nach dem Zusammenbruch der Hochschulrevolte, der Protest zunehmend Schwarz trug - schwarz wie die Fahnen der Anarchos und die "Hasskappen" der verummten Stahlkugelschleuderer an den Bauzäunen von Atomprojekten; schwarz wie die legendären "Baader-Meinhof-Wagen", jene BMW, mit denen die deutschen Todesschwadronen von Tatort zu Tatort karriolten; schwarz wie die Trauerkleidung beim Begräbnis von Toten aus der Terrorszene, an deren Gräbern die Kombattanten schworen: "Der Kampf geht weiter."

Und da sind schließlich, drittens, die Achtziger, in denen Grün zur Farbe der Wahl wurde - grün wie der damals sprießende Deutschland-Ableger von Greenpeace; grün wie die aufblühende Ökobewegung, die gegen Wasserverschmutzung und Luftverpestung antrat; grün wie die 1980 auf Bundesebene gegründete, bis dahin nur regional vertretene "Anti-Parteien-Partei" der Ex-Sozialdemokratin Petra Kelly.

Rechte Oppositionelle verfolgen nun erkennbar das Ziel, vor allem Jung-Joschkas machohaft Militanz und seine zeitweise unklare Haltung zur RAF in den Siebzigern als symptomatisch für die gesamte Apo hinzustellen.

Diese Argumentation soll offenbar all jene Reformbewegten diskreditieren, die in den Sechzigern an den Hochschulen zwar oft verbalradikal, aber zunächst durchweg gewaltfrei demonstrierten und sich dann in den Siebzigern zu Hunderttausenden in Dritte-Welt-Projekten oder in der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen oder in demokratischen Parteien engagierten - vorzugsweise, wie Gerhard Schröder, in der SPD.

Die attackierten Grünen parieren die Vorwürfe gegen ihren Außenminister, indem sie die Krawalljahre der Frankfurter Spontis "einbetten" (Fischer) in den 68er Aufbruch - und damit die weithin positiv besetzten Motive der Studentenbewegung fälschlich auch für die rüden Schlägertrupps in Anspruch nehmen. Er sehe die Streetfighter-Jahre, brüstete Fischer sich im Klein-Prozeß, als Teil der "Freiheitsrevolte" von 1968, sich und seine einstigen Genossen als "Unterdrückte".

Ganz ähnlich argumentierte Fischers langjähriger Mitstreiter und Mitbewohner, der Pariser Revolutionspraktiker Daniel Cohn-Bendit. Die Union, so der Ex-Sponti in einem Rundfunkdisput, versuche, "die deutsche Geschichte umzudrehen", wenn sie Joschka als "Täter" hinstelle: "Wer ist ermordet worden auf den Straßen von Berlin? Benno Ohnesorg, bevor irgendein Student überhaupt was getan hat."

Der grüne Europaabgeordnete vernachlässigte, daß zwischen dem Tod des Studenten Ohnesorg am Rande der Berliner Anti-Schah-Demonstrationen 1967 und den Brandbombenwürfen der Frankfurter Spontis auf Polizisten im Jahre 1976 nahezu ein Jahrzehnt lag. Die Protestbewegung an den Hochschulen war zu diesem Zeitpunkt längst zusammengebrochen, Terrorgruppen, allen voran die RAF, aber hatten bereits serienweise Gewaltverbrechen verübt.

Eine politische Nebelkerze schleuderte auch Rezzo Schlauch, als er im Bundestag den Eindruck erweckte, Fischers Streetfighter hätten mit Mollies und Pflastersteinen gegen Restauration und Faschismus gekämpft. "Sie tun so, als ob wir schon damals ein weltoffenes Land gewesen seien", warf der Grünen-Fraktionschef der Opposition vor: "Das war mitnichten so."

Schlauch übergang, daß Fischer mit seiner "Putzgruppe" keineswegs in der Amtszeit des Ex-NSDAP-Parteigenossen Kurt Georg Kiesinger operierte, als in Deutschland tatsächlich noch

der "Muff von 1.000 Jahren" (Studentenslogan) waberte. Die Benzinbomben gegen Polizeibeamte flogen mehr als sechs Jahre nach der Regierungsübernahme durch Willy Brandt.

Der Sozialdemokrat hatte bei seinem Amtsantritt 1969 "mehr Demokratie" versprochen und mit seiner "Politik der kleinen Schritte" den Abbau der Ost-West-Spannungen eingeleitet. Mit seinem historischen Kniefall am Warschauer Ghetto-Denkmal wollte der einstige Emigrant der Welt überdies signalisieren, daß die Ära der Tabuisierung nationalsozialistischer Schuld in Deutschland überwunden war.

Der Frankfurter Streetfighter Fischer, urteilte vergangene Woche der aus Hessen stammende FDP-Chef Wolfgang Gerhardt, habe folglich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen Willy Brandt (und dessen Nachfolger Helmut Schmidt) gekämpft.

Auch die rot-grüne "taz" sieht in Fischer weder einen klassischen noch einen typischen Acht- undsechziger: Er war, so das Blatt, "zur Zeit der Studentenrevolte dem Knabenalter gerade erst entwachsen", die meisten seiner jüngeren Mitstreiter "konnten Rudi Dutschke allenfalls in der "Tagesschau" sehen, und das auch nur, wenn die Eltern sie nicht schon vorher ins Bett geschickt hatten".

Politisch hatte der Schulabbrecher und Autodidakt Fischer nicht allzu viel gemeinsam mit der Masse der Jungakademiker, die Jahre zuvor für die Demokratisierung der Gesellschaft auf die Straße gegangen waren.

Während die Außerparlamentarische Opposition (Apo) der Sechziger gegen Notstandsgesetze und Pressemonopole demonstrierte, für Hochschulreformen stritt und die Differenz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit beklagte, hatten die "Bullenklatscher" um Fischer ("Ich war Revolutionär und kein Demokrat") für den bürgerlichen Rechtsstaat auch in den sozialdemokratischen Siebzigern nur Spott übrig. Typische Parole jener Jahre: "Legal, illegal, scheißegal".

Verstimmt über die Verzerrung des Vergangenen in der aktuellen Diskussion, meldete sich ein kundiger Zeitzeuge zu Wort. Der in England lebende Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der am Rande des Freiburger FDP-Parteitags 1968 durch ein öffentliches Streitgespräch mit Rudi Dutschke Aufsehen erregt hatte, sah Anlaß, "die 68er vor den 70ern in Schutz" zu nehmen.

Nach der "verständlichen Revolte in einer verfahrenen Situation", wie Dahrendorf die 68er Unruhen charakterisierte, seien Teile der Bewegung in den Siebzigern schlichtweg "der Gewalt als Gewalt verfallen". Daher sei es unzulässig, "mit den 68er-Argumenten" Fischers "Mitte-der-70er-Aktionen" zu verteidigen.

Das heiße im Übrigen nicht, stellte der Liberale klar, "daß Fischer nicht Außenminister sein kann". Allerdings: "Wenn er Justizminister wäre oder Innenminister, wäre das etwas ganz anderes."

Die im Axel Springer Verlag erscheinende "Welt", die das Dahrendorf-Interview veröffentlichte, präsentierte den Text als "Ehrenrettung der 68er vor den Fischers dieser Welt" - was bei manchem Apo-Opa die Erinnerung an jene Zeit belebte, als die Blätter des Springer-Konzerns sich um die Ehre der 68er noch einen Dreck kümmerten.

Die haßerfüllte Berichterstattung über die Studenten (Leseprobe: "Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen") löste 1968 die bundesweiten Osterdemonstrationen gegen den Springer-Verlag aus. Dessen Hetztiraden gegen den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) waren von vielen Studenten für die Schüsse des verwirrten Anstreichers Josef Bachmann auf den SDS-Sprecher Rudi Dutschke verantwortlich gemacht worden.

Der Mordversuch setzte lange angestaute Empörung über den erstarrten Staat jener Tage frei: Verdruß über die Hochschulen, die sich weigerten, die NS-Belastung von Professoren zu thematisieren; Zorn über die Pläne der Bonner Regierung, für den Fall des "inneren Notstands" Bürgerrechte abzuschaffen; Wut auf den Bündnispartner USA, der daheim die Farbigen diskriminierte und draußen in Vietnam einen dreckigen Napalmkrieg führte.

Vor allem aber trug eine maßlos dreinknüppelnde Polizei zur Radikalisierung bei. "Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie an den Enden auseinander platzt" - so hatte der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing seine Einsatztaktik für den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 beschrieben, bei dem überdies persische Geheimpolizisten mit langen Schlagstöcken auf die Studenten einprügelten.

Nach den Osterunruhen von 1968 schilderte der Mainzer SDS-Vorsitzende Klaus Ahlheim die Wechselwirkung von Gewalt und Gegengewalt, die durch die Knüppelinsätze ausgelöst wurde und die sich im darauf folgenden Jahrzehnt bis zum schieren Wahnwitz hochschaukeln sollte:

Keiner hatte die Absicht, Steine zu werfen. Aber als die Knüppel kamen und die Pferde, als man Leute ohnmächtig sah und Angstschreie hörte, haben junge Leute in blinder Wut Brocken aus dem Rasen gerissen und nach Steinen gesucht.

Als die ersten Apo-Splittergruppen in die Militanz abglitten und Tötungspläne ausbrüteten, trug die Springer-Presse dazu bei, daß frühe Warnungen nicht ernst genug genommen wurden. Zu oft hatten diese Blätter zuvor blinden Alarm ausgelöst - indem sie etwa einen geplanten Puddingwurf des Szene-Clowns Fritz Teufel auf den US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey aufbauschen zum angeblich beabsichtigten "Bombenanschlag".

Als von Ende 1968 an immer wieder Bomben- und Sprengstofffunde bei linken Anarchos publik wurden, hielt ein Großteil der friedlich demonstrierenden Apo-Anhänger auch diese Darstellungen für Produkte aus den Fälscherwerkstätten von "Staatsschutzbullen" und "Schweinejournalisten".

Spätestens als ultralinke Splitter nicht länger nur "Gewalt gegen Sachen" rechtfertigten (wie die Frankfurter Kaufhaus-Brandstiftung 1968 durch Andreas Baader und Gudrun Ensslin), sondern offen "Gewalt gegen Personen" propagierten, beschleunigte sich der Differenzierungsprozeß innerhalb der Neuen Linken.

Doch selbst nachdem sich die ursprünglich pazifistisch eingestellte Journalistin Ulrike Meinhof nach der blutigen Befreiung des Brandstifters Baader 1970 aus der Haft ("Natürlich kann geschossen werden") in den Untergrund abgesetzt hatte, war die Einstellung zur Gewalt bei vielen noch immer ambivalent.

"Verstecke ich Ulrike Meinhof, wenn sie an meiner Tür klingelt?" - das war, wie sich der sozialdemokratische Ex-Staatssekretär Günter Gaus, 71, erinnert, "die wesentliche Frage, die meinesgleichen meines Alters sich damals stellte". Später teilten viele Liberale die schrille Kritik, die "Folterkomitees" an unmenschlichen Haftbedingungen für RAF-Täter übten.

In weiß gestrichenen Einzelzellen litten die Isolierten, wie in- und ausländische Gutachter bescheinigten, an "sensorischer Deprivation" (Entzug von Sinneseindrücken). Ulrike Meinhof beschrieb die Tortur am 231. Tag ihrer Haft in Köln-Ossendorf:

Zerreißwolf - Raumfahrtsimuliertrommel, wo den Typen durch die Beschleunigung die Haut plattgedrückt wird - Kafkas Strafkolonie - pausenloses Achterbahnfahren.

Die Sympathien der Salonlinken im bürgerlichen Milieu, dem auch die Meinhof entstammte, schwanden allerdings (nahezu) im selben Maße, in dem sich die "antikapitalistischen" Kapitalverbrechen häuften. Am Ende erschienen die Terrortaten der RAF auch dem um ein Höchstmaß an Verständnis bemühten Schriftsteller Heinrich Böll nur noch als aberwitziger Kampf der "6 gegen 60 Millionen".

Besonders lange hielt die Bewunderung für die Mörder mit dem MPi-Emblem in zwei politischen Lagern an, deren heute prominenteste Exponenten dem Kabinett Schröder angehören:

- Die sogenannten K-Gruppen, denen Jürgen Trittin entstammt, waren ein Konglomerat untereinander zerstrittener, latent gewaltbereiter kommunistischer Sekten, deren Binnenleben weitgehend von Dogmatismus und Psychoterror geprägt war - eine maoistische Spielart religiöser Jugendsekten.

- "Sponti"-Cliquen wie der "Revolutionäre Kampf", Heimat von Joschka Fischer und Vorläufer der späteren "Autonomen", trainierten in einer Art Wehrsportgruppe verkrachte Studenten und entsprungene Heimzöglinge für Straßenschlachten mit der Polizei - und dienten dem terroristischen Untergrund als Rekrutierungsfeld.

Beide Zweige, Spontis wie K-Gruppen, wurzelten in den Trümmern der alten Apo. Der SDS war bereits Ende '68 zerbrochen an dem "Dilemma, daß die antiautoritäre Revolte die eigene Organisation zerstört", wie Redner Bernd Rabehl auf einer der letzten Delegiertenkonferenzen ins Mikro sprach. Durch den Saal flatterten Flugblätter mit der blaßblauen Aufschrift "Ffffruuustrationnnnnn ... Es ist fuern Arsch."

An den Hochschulen fiel die Revolte in sich zusammen, nachdem im November 1968 Demonstranten bei einer Steinschlacht am Tegeler Weg in Berlin 130 Polizisten verletzt hatten; Anlaß war ein Ehrengerichtsverfahren, das dem Anwalt Horst Mahler wegen seiner Demonstrations- und Prozeßauftritte drohte. Die Friedfertigen skandierten fortan "Kei-ne Stei-ne!" oder "Molotow ist doof" und wandten sich ab.

Zurück an der Front blieben Militanzprediger wie Daniel Cohn-Bendit ("Wir brauchen eine Offensive der Gewalt") und der spätere RAF-Täter Mahler. Der Jurist hatte 1968 an die Apo appelliert, im revolutionären Kampf auch Tote einzukalkulieren, so wie jeder Autofahrer damit rechnen müsse, "daß ein Reifen platzt". Heute - the times they are a-changin' - ist Mahler einer der Chefideologen der NPD. Jüngst hat die Strafverteidigervereinigung ihn daher ausgeschlossen.

"Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten", "Macht kaputt, was euch kaputt macht" - in diesem Meinungsklima formierten sich in den späten Sechzigern vor allem in den Großstädten geheim ("klandestin") operierende Grüppchen, für die Gewalt gegen Menschen nicht tabu war, ganz im Gegenteil.

"USA, SA, SS", "Schafft zwei, drei, viele Vietnam", "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" - nach der kruden Logik solcher Parolen war jeder Steinwurf auf einen Wachtmeister zugleich ein antifaschistischer Widerstandsakt, jeder brennende Streifenwagen zugleich ein Sieg im Volkskrieg, jeder Brandsatz in einem US-Konsulat zugleich ein Denkmals für die bürgerlichen Täter-Väter - Venceremos!

Da half nicht mehr, daß sich geistige Väter der Revolte wie der Soziologe Jürgen Habermas vom "Linksfaschismus" der Brandflaschenfraktion absetzten. Andere Geistesgrößen sprangen den Stadtkriegern bei - bis schließlich sogar Jean-Paul Sartre 1974 den RAF-Häftlingen in Stammheim eine Visite abstattete.

Zunächst fast unmerkbar hatte die Gewaltspirale auch in Frankfurt zu rotieren begonnen. Anfangs versuchten die dortigen Spontis vergebens, die Arbeiterschaft in Großbetrieben wie Opel zu agitieren. Dann "befreiten" sie Jugendliche aus geschlossenen Erziehungsheimen wie im hessischen Staffelberg.

Die Schwererziehbaren ergriffen begeistert Besitz von den Stuck-Altbauten, die Linke im "Häuserkampf" gegen die Kahlschlagpläne der rechten Frankfurter SPD besetzt hatten, erfreuten sich der Zuwendung tabuloser Jungakademikerinnen und ließen sich von den obercoolen Schlauköpfen aus dem "Häuserrat" erklären, wie man Bambule macht, "damit der Staat endlich seine blutigen Krallen zeigt".

Fischer selbst reimte im Kampf gegen die Bauspekulation und die Abrißpläne der Frankfurter Beton-SPD: "Jeder Stein, der abgerissen, wird von uns zurückgeschmissen." Wer widersprach, wurde ausgepiffen und niedergemacht - wie der Jungsozialist Karsten Voigt (heute SPD-Außenpolitiker), der an einer der ersten Hausbesetzungen teilgenommen und polizeiliche "Überreaktionen" kritisiert hatte, jedoch Fischers "Spielerei mit Gewaltaktionen" strikt ablehnte. Die Militarisierung der Sanierungsgegner, warnte Voigt, "provoziert nur die Reaktion". Fischer putzte den Juso daraufhin vor versammelter Mannschaft runter:

Ich spreche hier für die Genossen, die in den letzten Tagen gewöhnlich als Politrocke bezeichnet wurden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir entscheiden uns für einen Reformismus, der letztendlich die Praxis des Kapitals darstellt, oder für das, was als Aktionen von Politrockern diffamiert wird.

Maoisten aus den eher akademisch geprägten K-Gruppen (das K stand für kommunistisch) umwarben unterdessen mit Propagandatexten für Massenmörder wie Stalin all jene, denen die von Ost-Berlin gelenkten und bezahlten poststalinistischen "DKPisser" zu angepaßt waren und die über friedliche "Latschdemos" und linke "Liberallalas" höhnten. Die verbiesterte Entschlossenheit, sich von niemandem irgendwo auf der Welt jemals links überholen zu lassen, führte bei den Partei-Chinesen zu immer neuen Zellteilungen und zu immer skurrileren Forderungen.

"Verlangten etwa die Gewerkschaften für eine werdende Mutter die Freistellung drei Monate vor der Niederkunft, dann forderte der KB vier Monate und der KBW sechs Monate - und die völlig lebensfremde KPD-ML neun Monate vor der Geburt", erinnert sich der Zeitzeuge Michael Schwelien in seiner brillanten Joschka-Fischer-Biographie.

Das absurde Ende des Marsches von Linksaußen nach Linksdraußen markierte 1978 eine Kambodscha-Reise, bei der Hans-Gerhart ("Joscha") Schmierer, seines Zeichens Sekretär des Zentralkomitees im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), den blutrünstigen Steinzeitkommunisten Pol Pot besuchte und bejubelte. "Der kurze Flirt mit den Roten Khmer", erinnert sich der ehemalige Schmierer-Mitstreiter Gerd Koenen, sei für den KBW "so etwas wie der Todeskuß" gewesen, "den wir vielleicht unbewußt herbeigesehnt hatten". (Joscha Schmierer sitzt heute im Planungsstab von Joschka Fischers Auswärtigem Amt.)

Gemeinsam war Spontis und K-Grüpplern die, gelinde gesagt, zwiespältige Haltung zur Gewalt. Viele der Maoisten, die auf Bauplätzen von Atomanlagen mit Steinen und Stahlkugeln die militärische Auseinandersetzung mit Polizei und Bundesgrenzschutz suchten, hielten die Mordstrategie der RAF höchstens für "untauglich, aber eben nur für untauglich, nicht für unerlaubt", wie einer von ihnen 1977 im SPIEGEL bekannte.

Der Kommunistische Bund (KB) in Göttingen, in dem Trittin als Ideologe aktiv war, begründete in seiner "Roten Tribüne" unter Hinweis auf Marx das parteiamtliche Nein zur RAF und das grundsätzliche Ja zur Gewalt mit den Worten:

Die Marxisten betonten stets, daß sie Anhänger der Gewalt seien und in ihr einen revolutionären Faktor sähen ... Die Marxisten sprachen sich für den Massenterror aus, aber sie sagten: Die Ermordung dieses oder jenes Ministers ändert an der Sache nichts.

Die Frankfurter um den "Spontifex maximus" Cohn-Bendit und dessen Bewunderer Fischer sahen in den RAF-Killern einerseits Konkurrenten, die immer mal wieder einen der Ihren abzuwerben versuchten, andererseits aber auch "Genossen", die Anspruch auf Solidarität und Unterstützung hatten.

Über die Haltung des Sponti-Duos Cohn-Bendit/Fischer zur Gewalt urteilt der Soziologieprofessor Oskar Negt, einst Kopf des "Sozialistischen Büros" in Offenbach, mit bitterböser Ironie: "Sie selbst haben wahrscheinlich nie erkennbar Steine geworfen, es aber doch bewundert, wenn andere den Mut aufbrachten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen und (bedauerlicherweise, selbstverständlich) manchmal auch trafen."

Reden, die Fischer 1976 gehalten hat, erinnern an die Schwierigkeiten des kühlen K-Grüpplers Trittin, sich frühzeitig und eindeutig vom kaltschnäuzigen Ton des "Mescalero"-Artikels zum "Abschuß" von Buback zu distanzieren - einem pietätlos formulierten Text, der jedoch mit einem Aufruf zur Abkehr von der RAF-Gewalt endete. Fischer schwankte unterdessen lange Zeit, so Negt, zwischen "vorsichtiger Distanzierung" und "Nicht-Distanzierung" von der Militanz.

Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs im Mai 1976 - der die Ermittler die Mitverantwortung

für 5 Morde und über 50 Mordversuche anlasteten - erklärte Fischer öffentlich, die RAF-Gründerin sei "von der Reaktion in den Tod getrieben, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet" worden.

Vermummte Unbekannte setzten am Tag nach dem Meinhof-Tod bei einer Demonstration Molotow-Cocktails ein. Der Polizist Jürgen Weber, 23, wurde dabei so schwer verletzt, daß er einen Kollegen anflehte, er möge ihn erschießen; Weber schwebte tagelang in Lebensgefahr. Noch heute hält der Beamte den Sponti-Ideologen Fischer, die laut Eigeneinschätzung "zentrale" Figur der gewaltlüsternen Szene, für "moralisch" verantwortlich.

Zu jener Zeit schwante dem Ober-Sponti offenbar, daß die Strategie der Stadtguerilla letztlich zur Selbstzerstörung führen werde. Im Juni 1976 erkannte er immerhin:

Je isolierter wir politisch wurden, desto militärischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln.

Dennoch war Fischer auch in dieser Rede noch immer nicht bereit, einen klaren Trennstrich zu ziehen - sei es aus taktischen Erwägungen, sei es aus Feigheit vor den Freunden aus dem Gewaltmilieu. Er forderte die RAF zwar auf, "Schluß zu machen mit diesem Todestrip", fand anschließend aber Formulierungen, die nach dem Urteil des Kongreßveranstalters Negt "alles in der Schwebel" hielten:

Wir können uns aber auch nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwenken.

Warum es Fischer ("Ich war nie ein Pazifist") so schwer fiel, von der Gewalt loszukommen, hat er selbst später wiederholt zu erklären versucht - mal zerknirscht, mal kokett. "Glück" und "Stolz (jawohl, Stolz)" hätten ihn erfüllt, wenn er es mal wieder den "Schweinen ... erfolgreich gezeigt" hatte.

In einem "Playboy"-Interview führte er die "Faszination der Gewalt" auf "diese Männlichkeitsrituale, Mutrituale" zurück: "Die Atmosphäre war schon toll, wenn man wußte, daß es gleich losgeht."

Sogar noch im finstersten "Deutschen Herbst" 1977, nach den Serienmorden an Buback, Ponto und Schleyer, war Fischer mit sich uneins: "Bei den drei hohen Herren mag mir keine rechte Trauer aufkommen, das sage ich ganz offen für mich." Dennoch schwand nun allmählich seine Zuneigung zu politischer Gewalt - zumal sich die Frauen in seinem Umfeld kritischer denn je über die Militanten äußerten, denen es mittlerweile gelungen war, die gesamte deutsche Linke zu diskreditieren.

Anfang der Siebziger hatten die Genossinnen über Gewalt noch ganz anders gedacht. Wenn es damals in der Szenekneipe über jemanden hieß: "Ei, der is doch in der Putzgrupp", dann war er, wie Fischer-Biograf Schwelien schreibt, "für den Abend der GröÙte und mußte bestimmt nicht allein nach Hause gehen".

Nach der Mordserie aber war der Terrorismus auch bei den Groupies der Revolution plötzlich out. "Die Frauen in der Szene", erinnert sich der Womanizer Fischer, hätten ihm vorgehalten: "Das ist Machismus (Männlichkeitswahn), Gewaltkult". Das habe ihn "nachhaltig beeindruckt".

Für Fischer persönlich begann 1978 eine bleierne Zeit - für ihn waren "die revolutionären Träume ausgeträumt", er lebte in einer Männer-WG, chauffierte als Taxifahrer Betrunkene durch Sachsenhausen und verkaufte in einem Antiquariat namens "Karl Marx" Bücher, die irgendwelche Jemande per "Einklauen" (Schwelien) beschafft hatten. Ende 1978 jammerte Fischer im Alternativblatt "Pflasterstrand":

"Die Perspektivlosigkeit, das Rumhängen, das Nicht-wissen-was-Tun wird immer unerträglicher."

Die neue Umweltbewegung ließ ihn zunächst kalt - Unken über die Straße zu tragen war weniger "sexy" als sogenannte Bullen über die Straße zu jagen. "Seien wir doch mal ehrlich", beschrieb Fischer seine "Politik in der ersten Person", "wer von uns interessiert sich denn für die Wassernotstände im Vogelsberg, für Stadtautobahnen in Frankfurt, für Atomkraftwerke irgendwo, weil er sich persönlich betroffen fühlt?"

Das Desinteresse der Spontis an den grünen "Ökospießern" - die sich im Januar 1980 in Karlsruhe ohne Fischer als Bundespartei konstituierten - änderte sich schlagartig, nachdem die Frankfurter Grünen bei der Rathauswahl ein Jahr später auf Anhieb 6,4 Prozent erobert hatten: Die frustrierten Häuptlinge der bankrotten Sponti-Bewegung begriffen, daß der Weg zur Macht durchs Grüne führte; überdies winkten Diäten und Staatsknete aus der sogenannten Wahlkampfkostenerstattung.

Erst anderthalb Jahre nach der Parteigründung trat Fischer ein - dann aber mit Karacho, mit- samt seiner "Fischer-Gang", wie seine Sponti-Truppe bald von den Altgrünen um die Radikal-Ökologin Jutta Ditfurth genannt wurde. In ihrem jüngsten Buch beschreibt Ditfurth die "feindliche Übernahme" der Partei durch die Neulinge: "Eine erfahrene Schlägertruppe mit alternativem Gehabe und ohne Skrupel traf auf eine ziemlich naive, basisdemokratische Partei mit offenen Strukturen."

Über die Vorgehensweise der Fischer-Gang urteilte die Szene-Kennerin und frühere Cohn-Bendit-Freundin Barbara Köster: "Es entsteht etwas, sie müssen den Fuß reinkriegen, und dann müssen sie's übernehmen, und dann ist es kaputt, weil es keinen Inhalt mehr hat."

Es kam, wie es kommen mußte: Mit Masseneintritten und Geschäftsordnungstricks stellte die machtfixierte Fischer-Gang rasch die Gründungsgrünen um Ditfurth kalt, die sich als "Fundis" abgestempelt sahen, weil sie zunächst die Rolle der parlamentarischen Opposition ansteuern wollten. Fischers "Realo-Spontis" hingegen peilten - während Willy Brandt eine "neue Mehrheit diesseits der Union" ansteuerte - einen möglichst raschen Eintritt in die Wiesbadener Landesregierung an.

Mit Erfolg: Am 12. Dezember 1985 wurde Fischer Umweltminister im Kabinett des Sozialdemokraten Holger Börner, dem die FDP auf Grund ihrer Bonner Rechtswendung als möglicher Koalitionspartner abhanden gekommen war. Zum Amtseid trat Fischer in weißen Turnschuhen an, die er sich tags zuvor eigens für diesen Zweck gekauft hatte (und die heute im Ledermuseum in Offenbach ausgestellt sind).

Zu verdanken hatte Fischer seine Blitzkarriere - ebenso wie viele andere Erfolge auf seinem langen Weg ins Vizekanzleramt - nicht zuletzt kampferprobten Bündnispartnern: Aus ähnlichen Motiven wie die ehemaligen Hausbesetzer aus der Sponti-Szene hatten um 1980 herum die militanten Bauplatzbesetzer aus den K-Gruppen die neue grüne Partei besetzt.

Zu den K-Kadern, denen Fischer in der Umweltpartei begegnete, zählen, neben seinem Kabinettskollegen Trittin, viele andere Ex-Maoisten, die es mit Hilfe der Grünen weit gebracht haben - bis hinauf zur Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, 57, die früher der KPD/AO angehörte; statt "AO" (Aufbauorganisation) sagte die Konkurrenz penetrant "A-Null".

Zu Dutzenden sitzen einstige K-Grüppler für die Grünen noch immer in Landtagen und Kommunalparlamenten. Dort arbeiten sie Seite an Seite mit Abertausenden einstiger Apo-Mitstreiter, die sich in den Siebzigern auf der Direttissima den demokratischen Parteien zugewandt haben - ohne zuvor eine Irrfahrt durch die extreme Schläger- und Sektiererszene zu absolvieren.

Radikaldemokratische Jungdemokraten etwa, beflügelt vom 68er-Geist und verschrien als "Rote Garde", enterten die damals noch nationalliberale FDP, attackierten den rechten Parteichef und Ritterkreuzträger Erich Mende und unterstützten - "Nach Mendes Ende jetzt die radikale Wende" - die ostpolitischen Reformvorstellungen seines Nachfolgers Walter Scheel.

Die Jungdemokraten halfen so, die FDP reif zu machen für den Eintritt in die sozialliberale

Koalition von 1969. Zu den prominentesten zählten Gerhart Rudolf Baum (später Innenminister) und Günter Verheugen (heute, nach seinem Wechsel in die SPD, EU-Kommissar in Brüssel).

Die SPD erlebte unterdessen einen Rekordzuwachs an Mitgliedern - rund eine Viertelmillion allein zwischen 1968 und 1973. Von der 68er-Schwemme profitierten vor allem die Jungsozialisten (Jusos), die sich weniger als Jugend- denn als linke Richtungsorganisation verstanden und siegesbewußt von sich behaupteten: "Wir sind die SPD der achtziger Jahre."

Mit bisweilen ruppigen Methoden drängten die Jusos, darunter viele Junglehrer und Jungsemester, in den rund 9.000 SPD-Ortsvereinen die müde gewordenen Veteranen der Arbeiterbewegung an den Rand. Die Reformer, allesamt Linke rechts von der Gewalt, entwarfen eine "Doppelstrategie" zur Kooperation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition - vor allem mit den vielen tausend neuen Bürgerinitiativen, die, auch eine Folge des Apo-Aufbruchs, überall gegen Kahlschlagsanierungen und Straßenbahn-Tariferhöhungen, für Kindergärten und selbstverwaltete Jugendzentren mobil machten.

Damalige Parteijunioren wie der heutige Finanzminister Hans Eichel, 59, oder Hannovers Dauer-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, 57, zählten zu den Autoren einer rebellischen Denkschrift ("Kommunalpolitik - für wen?"). Das ziemlich konkrete Utopie-Papier verlangte den Altgenossenklüngeln in den Rathäusern eine stadtpolitische Kehrtwendung und den Neumitgliedern das Bohren harter, alter Bretter in Kreistagen und Stadträten ab.

Die meisten Jusos verstanden sich zugleich als Teil der Apo. "Ich bin unter dem Wasserwerfer aufgewachsen", erinnert sich die Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, 58, die 1974 Juso-Bundesvorsitzende wurde und sich den Beinamen "Rote Heidi" erwarb. Ihr heutiger Kabinettschef Gerhard Schröder, damals junger Anwalt in Hannover, eroberte 1978 den Vorsitz der Jusos - Sprungbrett für eine Karriere ohnegleichen.

Ebenso machtbewußt wie taktisch versiert, hatte sich der heutige "Genosse der Bosse" ("Weltwoche") damals mit Revoluzzervokabular den widerstreitenden Flügeln der SED-nahen "Stamokaps" und der gemäßigten "Reformer" als "antirevisionistischer" Kompromißkandidat verkauft. "Er hat erkannt", erinnert sich ein Weggefährte, der frühere niedersächsische Kultusminister und Professor Peter von Oertzen, "daß er bei den Jusos nur mit einer linksradikalen Position Macht gewinnen kann. Macht war für ihn immer ein zentraler Wert."

Als Anwalt vertrat der Ober-Juso Atomrebell vor Gericht - und hielt doch immer zugleich auch ein Stück weit Distanz zu den Radikalsten unter ihnen. "Schröder war leidenschaftlich gegen die Atompolitik, aber immer schon Pragmatiker", differenziert Oertzen: "Utopien? Nicht im Sinne eines ideellen Konzepts."

In Schröders Kabinett sitzt heute, als Glanzlicht, ein weiterer Anwalt, der lange im Feuer zwischen den Fronten stand: Innenminister Otto Schily, 68, verstand sich einst als "liberaler Kommunist" - mit dem vorsichtig dialektischen Hinweis, daß es so etwas ja eigentlich gar nicht gebe. Heute geriert sich Schily, ein unbeirrbarer Advokat des staatlichen Gewaltmonopols, der 1989 von den Grünen zur SPD wechselte, bisweilen eher als Neokonservativer. In den Siebzigern wurde der RAF-Verteidiger von der Rechtspresse als "Linksanwalt" geschmäht. Die Terroristen lasteten ihm hingegen an, daß er sich im Gegensatz zu manch anderem Kollegen nicht als Waffen- und Kassiberschmuggler mißbrauchen ließ.

Was die RAF von Schily hielt, geht aus Aussagen hervor, die der Terrorist Michael ("Bommi") Baumann 1973 Stasi-Vernehmern bei einem erzwungenen Zwischenstopp in Ost-Berlin zu Protokoll gab:

Otto Schily vertritt nur aus persönlichen Motiven RAF-Leute und ähnliche, Mahler, Ensslin und mich. Humanist, sehr vornehm, intelligent, auf Distanz bestehend.

Der Ex-Apo-Mann Schily sieht ebenso wie seine Kabinettskollegen mit K-Gruppen- oder Sponti-Vergangenheit bereits eine weitere große Debatte über die Berliner Republik herein-

brechen: den Streit darüber, ob die Jahre 1968 folgend für Deutschland eher ein Fluch oder ein Segen waren.

"Die Opposition versucht, einer ganzen politischen Generation den Prozeß zu machen", glaubt Rezzo Schlauch, 53 - Rache für all die Schmähungen und Demütigungen, die Christunionler erfuhren, als an Universitäten toleranzfreie Zonen entstanden, in denen die struppigen Pullovermänner die sauberen Schlips- und Scheitelträger vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten als Faschos hinstellten, verspotteten und mobbten.

Was hat '68 bewirkt? Otto Schily glaubt, mit ihrem politischen Ansinnen seien die damaligen Revolutionäre "politisch total gescheitert". Als "kulturelle Umwälzung" dagegen hätten die Apo-Jahre "positive Folgen" gehabt.

Weithin unumstritten ist: Die lockeren Zeiten ("Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment") haben dazu beigetragen, das ranzige Sexualstrafrecht mit seinen Kuppelei- und Homosexverboten zu liberalisieren und die Sexualmoral zu verändern. Die Institution Ehe hat dadurch kaum ernstlich Schaden genommen, im Gegenteil: Gerade die heute prominentesten Protestler von einst heirateten je öfter, je lieber - der Kanzler (vier Ehen) ebenso wie sein Vize (vier Ehen).

Billy-Regal statt Schrankwand, Jeans statt Anzug, du statt Sie - die Zahl derer, die solche 68er-Folgen für Errungenschaften halten, überwiegt. Das gilt womöglich auch für die damals eingeleitete neue Ostpolitik und viele kulturpolitische Reformen - von der Abschaffung des schulischen Frontalunterrichts bis zum Abschied von der Ordinarien-Universität.

Zwiespältig muten die Auswirkungen der schwarzen Siebziger an. Die Kriegserklärung der Roten Armee Fraktion an die Gesellschaft war zugleich die Geburtsstunde des Fahndungsstaates, der auf die paramilitärische Herausforderung durch die Ultras mit Polizeiaufrüstung und Sondergesetzen reagierte - die gerade liberalisierte Bundesrepublik war im Begriff, sich zu entliberalisieren.

Überwiegend positive Folgen hatten hingegen die Ökoproteste, die in den Siebzigern aufblühten und in den grünen Achtzigern weiter eskalierten: Wenngleich die Umweltbewegung Schaumkronen von Hysterie trug, wäre es ohne sie kaum gelungen, binnen kurzem das Waldsterben mit Abgas- und Katalysatorvorschriften zu bremsen, die Flußverschmutzung zu stoppen, das Energiesparen zu popularisieren und Deutschland zum Weltmeister in der Disziplin Umwelttechnologie zu machen.

Daß die 68er-Generation stets "gewisse Wahrnehmungseinschränkungen" hatte, wie Schily höflich formuliert, ist allerdings auch unverkennbar.

Manch ein Achtundsechziger war jahrzehntelang fest davon überzeugt, daß US-Raketen grundsätzlich friedensbedrohender seien als SU-Raketen, Atomkraftwerke im Westen gefährlicher als im Osten, der Krieg der Amerikaner in Vietnam empörender als die Intervention der Russen in der Tschechoslowakei oder in Afghanistan. Fleiß, Pünktlichkeit, Sauberkeit galten vielen als tendenziell faschismusverdächtige "Sekundärtugenden".

Wenngleich durch diesen Geist geprägte Lehrer und Juristen eine Zeit lang in die Schulkollegien und Gerichte geströmt sind, ist fraglich, ob für sämtliche Defizite im Erziehungssystem und im Gerichtswesen allein die 68er verantwortlich zu machen sind. Der CSU-Mann Peter Gauweiler hält sogar den Umstand, daß die Rechtschreibfähigkeit der Deutschen seit 1968 abgenommen hat ("doppelt so viele Fehler"), für eine "Langzeitwirkung der Apo".

Mittlerweile plädieren allerdings auch Linke für die Reform manch einer Reform, die sich dem Überschwang des 68er-Aufbruchs verdankt, vom Scheidungs- bis zum Jugendstrafrecht. Auf eine Justiz beispielsweise, die Straftäter nicht ungeschoren davonkommen läßt, setzt mittlerweile auch der geläuterte Steinewerfer Fischer.

Im Mai 1999, beim Kosovo-Sonderparteitag der Grünen, hatte ein Kriegsgegner aus der Autonomenszene dem Kriegsbefürworter Fischer einen blutroten Farbbeutel an den Kopf ge-

schleudert. Der Bellizist (Kriegsbefürworter) erlitt einen Trommelfellriß.

Fischer erstattete Strafanzeige. In der Verhandlung, kurz vor Weihnachten, beantragte der Staatsanwalt sieben Monate Gefängnis auf Bewährung für den sonderbaren 37-jährigen Farbattentäter, der vor Gericht in Frauenkleidern erschien.

Der Richter zeigte sich gnädig und blieb hinter dem Strafantrag zurück: 3.600 Mark Geldstrafe für den Beutelwerfer - wegen "schwerer Körperverletzung in einem minder schweren Fall".

Minder schwer als was?<<

23.05.1999

BRD: Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wird am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

25.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Mai 1999: >>Stoiber unterstützt die Sudetendeutschen

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen dessen Haltung zu den Sudetendeutschen heftig kritisiert.

Auf dem 50. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg sagte der CSU-Vorsitzende am Pfingstwochenende: "Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ein Bundeskanzler so leichtfertig mit dem Anliegen von Millionen Menschen umgegangen."

Der Sprecher der Volksgruppe, Franz Neubauer verlangte: "Wer die Vertreibung im Kosovo ächtet, muß auch die Vertreibung der Sudetendeutschen verurteilen". ...<<

29.05.1999

BRD: Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärt am 29. Mai 1999 auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (x358/10): >>"Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das läßt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Vorhaben war der Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit."<<

Jugoslawien: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Mai 1999 (x887/...): >>Jugoslawien: Der verdrängte Völkermord

Um ihr verzerrtes Bild von den deutschen Heimatvertriebenen nicht korrigieren zu müssen, ziehen Politiker und Medienmacher zur Vertreibung der Kosovo-Albaner alle möglichen hinkenden Vergleiche aus der Geschichte heran - nur nicht das grausige Schicksal der Deutschen aus Jugoslawien. Auch eine jüngst erschienene Dokumentation der schrecklichen Ereignisse von 1944 bis 1948 wird mit Nichtachtung gestraft.

Die Donauschwäbische Kulturstiftung in München hat ein Taschenbuch über den Völkermord an den Deutschen im früheren Jugoslawien herausgebracht, das am Donnerstag (6. Mai) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Es ist die Kurzfassung des vierbändigen Werkes, das auf Tausenden von Zeitzeugenberichten der Menschen fußt, die als deutsche Bürger des vormaligen Königreichs Jugoslawien besonders ab Herbst 1944 den Verfolgungen durch das kommunistische Tito-Regime ausgesetzt waren.

Sie konnten den Erschießungen entrinnen und haben die Lagerinternierung und die Vertreibung überlebt. Diese Dokumentation ist das Gemeinschaftswerk zweier Generationen Heimatvertriebener und schildert den von der damaligen Weltöffentlichkeit und der Publizistik der Gegenwart kaum beachteten Vorgang des Völkermordes an den Deutschen in seiner historischen und ethischen, aber auch völker- und menschenrechtlichen Dimension:

- Massenerschießungen und Vergewaltigungen,

- Beraubung von Hab und Gut,
- Austreibung aus den Häusern, Einlieferung in Vernichtungs- und Arbeitslager,
- die von den Schergen der kommunistischen Machthaber individuell ausgeübte Grausamkeit,
- das bewußt betriebene Sterbenlassen durch Hunger und Seuchen, die zum Tod fast aller be-
tagten Menschen und Tausender von Kindern führten,
- schließlich die versuchte und teilweise vollzogene Slawisierung der überlebenden Kinder.

Opfer der Verbrechen wurden die Angehörigen der in Jugoslawien lebenden Volksgruppe deutscher Muttersprache: Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer und Gottscheer.

Die Donauschwaben stammen von jenen Siedlern, die die habsburgischen Kaiser nach der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft im pannonischen Becken zwischen 1689 und 1787 ansiedelten. Es gelang den Kolonisten, aus den verödeten Gebieten die Kornkammer der Donaumonarchie zu schaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die rund 1,5 Millionen Seelen zählende Volksgruppe zu etwa je einem Drittel auf die Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich von den 510.000 Donauschwaben Jugoslawiens ein Teil beim Militär, ein großer Teil war vor der herannahenden Front geflüchtet oder evakuiert worden. Rund 195.000 blieben zu Hause und gerieten unter das Partisanenregime. Durch Erschießungen, Deportation in die Sowjetunion sowie Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern kamen rund 60 000 Zivilpersonen ums Leben. Die Überlebenden fanden hauptsächlich in Deutschland und Österreich eine neue Heimat.

Die Deutsch-Untersteirer sind die deutschsprachigen Bewohner der Untersteiermark, eines Gebietes, das über 770 Jahre lang ein Teil des Herzogtums Steiermark war. Sie zählten 1910 74.000 Seelen. Die Untersteiermark wurde durch das Friedensdiktat von Saint-Germain im Jahre 1919 Jugoslawien zugesprochen und zu einem Teil Sloweniens gemacht. Viele Untersteirer optierten hierauf für Österreich, andere wanderten notgedrungen ab. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges ereilte auch die über 20.000 in ihrer alten Heimat verbliebenen Deutsch-Untersteirer die Katastrophe.

Im Krieg gefallen, von den Tito-Partisanen erschossen oder in eines der slowenischen Vernichtungslager verbracht, gingen fast 6.000 von ihnen zugrunde. Die Überlebenden fanden zu 90 Prozent in Österreich eine neue Heimat.

Die Gottscheer: Das Schicksal der 1939 rund 13.000 Bewohner der in Krain liegenden und über 500 Jahre bestehenden deutschen Sprachinsel Gottschee gleicht dem der Deutsch-Untersteirer. Sie beklagen rund 1.000 Zivil- und Militärtote.

Die Lagerinternierung begann im wesentlichen im Herbst 1944. Die "ethnische Säuberung" Jugoslawiens von seiner deutschen Volksgruppe war indes schon spätestens seit der Konferenz des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) von Jajce (Bosnien, November 1943) in Aussicht genommen worden.

Der AVNOJ fungierte als eine Art provisorische Volksvertretung der kommunistischen Partisanenbewegung, die unter der Führung von Josip Broz, genannt Tito, dem langjährigen Nachkriegsstaatschef Jugoslawiens, stand. Den formellen Beschluß zur entschädigungslosen Enteignung aller in Jugoslawien lebenden Bürger deutscher Abstammung erließ der AVNOJ am 21. November 1944 in Belgrad. Er erklärte diese Bürger Jugoslawiens in einem außergerichtlichen Verfahren (so die juristische Sprachregelung) kollektiv zu Volksfeinden, die zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, wohl aber alle staatsbürgerlichen Rechte verloren. Es lag in der Logik dieser Entrechtung, daß sie die Errichtung von Internierungslagern für die Bürger deutscher Muttersprache erfordern würde.

Erschießungsaktionen begleiteten das Martyrium der angestammten deutschen Bevölkerung Jugoslawiens. Nach Beginn der Besetzung im Oktober 1944 im Banat bis zum Kriegsende vollzogen lokale kommunistische Instanzen, die Staatspolizei (OZNA) und eigene Partisanen-

Kommandos ("Aktion Intelligenzija") Erschießungen bzw. grausame Tötungen führender und wohlhabender deutscher Bürger im Alter von 16 bis 60 Jahren. Diese Aktionen forderten zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 rund 9.500 Opfer - die erste Station des Völkermords.

Ab Oktober 1944 setzte dann die Internierung der Donauschwaben und bei Kriegsende auch jene der Untersteirer und Gottscheer ein. Bis August 1945 waren alle Orte von ihren deutschen Bewohnern "gesäubert". Nur jene blieben von Internierung und Vermögensverlust verschont, die in Ehen mit Andersnationalen lebten oder zu den wenigen gehörten, die auf Seiten der Partisanen gestanden oder gekämpft hatten.

Deportationen in die Sowjetunion folgten. Bevor indes die Einweisung in die Lager vollzogen war, wurden entsprechend einer Forderung Stalins von den Partisanen zu Weihnachten 1944 8.000 donauschwäbische Frauen und 4.000 Männer aus dem Banat und der Batschka in die Sowjetunion (die meisten ins Donez-Becken) deportiert, wo sie hauptsächlich in den Kohlengruben arbeiten mußten. Bis 1949 starben von ihnen an Unterernährung und Krankheiten mindestens 2.000 - die zweite Station des Völkermords. Unmittelbar nach Kriegsende setzten bestialische Racheaktionen der kommunistischen Partisanen Titos an den kroatischen, slowenischen und deutschen Kriegsgefangenen ein, dies vor allem im Raum Slowenien.

Man schätzt die Zahl der Ermordeten auf 100.000. Im Zuge dieser blindwütigen Rache und in weiterer Folge sind allein annähernd 5.000 donauschwäbische Kriegsgefangene umgekommen. Etwa 2.000 Mann der Division Prinz Eugen wurden als wehrlose Kriegsgefangene nach der allgemeinen Kapitulation bei Rann (slowenisch = Brezice) erschossen - im Widerspruch zu den internationalen Konventionen, die die Erschießung von Kriegsgefangenen verbieten - die dritte Station des Völkermords.

Die "Neukolonisierung" der Wojwodina durch Serben aus der Krajina, Lika sowie aus Bosnien und Montenegro entsprach dem Wunschdenken großserbischer Nationalisten wie auch dem der national orientierten Tschetniks, lag aber vor allem im Interesse der kommunistischen Ideologen. Die Neuaufteilung des konfiszierten Bodens der Deutschen - er umfaßte allein in der Wojwodina das Zweieinhalbfache der Fläche Luxemburgs - ermöglichte nämlich die Errichtung der vorgesehenen Kolchoswirtschaft und diente auch der gezielten Durchsetzung der multiethnischen Stammbevölkerung der Wojwodina mit parteitreuen Kommunisten.

Im Zuge der vollkommenen Beseitigung der Deutschen in Jugoslawien sah das kommunistische Regime drei Arten von Lagern für die Deutschen vor: In fast jedem der Orte mit mehr als 200 bis 300 deutschen Bewohnern wurde ein Arbeitslager eingerichtet, um die anfallenden landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiten ab Spätherbst 1944 ausführen zu lassen. Meist räumten die Behörden hierfür einzelne Häuser oder Schulen und belegten die Gebäude mit arbeitsfähigen, vorwiegend ortsansässigen Donauschwaben.

Die zweite Art von Lagern bildeten ab Oktober 1945 die "Zentralen Zivillager" auf Bezirksebene. In der Regel hatte ein jeder politische Bezirk sein Zentrales Zivillager. Ihre Zahl belief sich allein in der Wojwodina auf etwa 22. Von diesen aus beschickte man die lokalen Arbeitslager, aber auch Lazarette der Roten Armee u.ä. mit Arbeitskräften. Ab Frühjahr 1946 konnten sich einheimische Slawen oder Magyaren aus diesen Lagern für einen bestimmten Tarif Arbeitskräfte "herauskaufen".

Die dritte Art von Lagern bildeten die "Lager mit Sonderstatus". So hießen nach offizieller Version die Vernichtungslager.

Die Vernichtungslager bildeten die vierte Station des Völkermords. Es gab zehn. Sechs befanden sich in der Wojwodina, zwei in Slawonien und zwei in Slowenien. Im Banat waren es Rudolfsnad (Knicanin) und Molidorf (Molin) in der Batschka Jarek, Gakovo und Krusevlje, in Syrmien die Seidenfabrik in Svenska Mitrovica und in Slawonien Kerndia und Valpovo.

Hier wurden die Alten, Kranken, Kinder und Mütter mit Kleinkindern (unter zwei Jahren) konzentriert. Aus der Vorgangsweise der Lagerführungen, dem Verhalten der Wachen und

Verwalter wird ersichtlich, daß sie als Vernichtungslager konzipiert waren. Lagerleute sprachen denn auch bald ohne Umschweife von "Todeslagern", "Hungerlagern" oder eben "Vernichtungslagern".

Die Lager Sterntal bei Pettau und Tüchern bei Cilli, beide in der Untersteiermark bzw. Slowenien gelegen, waren Vernichtungslager für slowenische und kroatische Soldaten, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, für slowenische "Klassenfeinde" sowie allgemein für Gottscheer und Deutsch-Untersteierer.

Zwischen Herbst 1946 und Herbst 1947 herrschte eine allem Anschein nach bewußt gehandhabte schwächere Bewachung, so daß in dieser Zeit 30.000 bis 35.000 Lagerinsassen nach Ungarn oder Rumänien entkommen und von hier weiter nach Österreich und Deutschland flüchten konnten. Das Jahr 1947 kann, gemessen an der Zahl der Flüchtlinge aus Jugoslawien, als Hauptfluchtjahr angesehen werden.

Die beiden slowenischen Vernichtungslager Sterntal und Tüchern sowie die beiden kroatischen, Kerndia und Valpovo, wurden etwa ein Jahr nach Kriegsende aufgelöst, Reste der Insassen nach Österreich oder in die Wojwodina verlegt. In der Wojwodina wurde Jarek ein Jahr nach Kriegsende geschlossen, die Insassen wurden nach Kruschiwl transferiert. Syrmisch Mitrowitz und Molidorf schlossen die Jugoslawen genau zwei Jahre nach Kriegsende (Anfang Januar 1948) und verbrachten ihre Insassen nach Rudolfsgnad. Das größte Vernichtungslager war demnach auch das letzte. Mit dem 1. März 1948, also erst knapp drei Jahre nach Kriegsende, löste Belgrad die Lager offiziell auf.

In Rudolfsgnad folgte nach dem Schrecken der Lager für die überlebenden Deutschen eine für drei Jahre verpflichtende Einweisung in "Vertragliche Arbeitsverhältnisse" außerhalb der angestammten Heimatorte.

Bilanz eines Massenverbrechens: Von den nahezu 200.000 in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Zivilpersonen Jugoslawiens waren 170.000 in den Lagern interniert. Von ihnen gingen von November 1944 bis März 1948 51.000 durch Mißhandlungen und Hunger sowie an Typhus und Ruhr zugrunde, unter ihnen 6.000 Kinder unter 14 Jahren.

Zählt man den 51.000 Lageropfern die zwischen Juli 1941 und Oktober 1944 durch Partisanenüberfälle ermordeten 1.500 Zivilisten, ferner die durch Erschießungsaktionen zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 umgekommenen 9.500 Zivilisten sowie die 2.000 Opfer der Deportation in die UdSSR hinzu, so kommt man auf eine Verlustzahl von 64.000 zugrunde gerichteten jugoslawiendeutschen Zivilisten (Mindestzahl). Jeder/jede Dritte der in seiner/ihrer Heimat verbliebenen Donauschwaben, Untersteierer und Gottscheer verlor demnach zwischen 1944 und 1948 sein/ihr Leben. Die Tatsache, daß hier ein Völkermord verübt wurde, steht somit außer Zweifel.

Zu den 64.000 Zivilisten kommen 28.000 tote Soldaten. Insgesamt beklagen die Jugoslawiendeutschen mehr als 92.000 Tote. Die Zahlen sind indes als Untergrenzen anzusehen. Die Opfer sind zu 70 Prozent namentlich ermittelt, das sind rund 66.000 Namen. Sie sind in den Totenbüchern der Donauschwaben (Leidensweg ... Band IV) der Untersteierer und Gottscheer dokumentiert.

Historische Untersuchungen sprechen von sieben Teilursachen, die insgesamt für die Eliminierung der Deutschen/Altösterreicher aus Jugoslawien bestimmend wurden:

1. Großserbische nationale Kreise waren bestrebt, den Boden, auf dem Serben leben, zu "nationalisieren", was besonders die Wohngebiete der Donauschwaben betraf.
2. Die von der kommunistischen Ideologie geforderte Kollektivwirtschaft brauchte Grund und Boden der Donauschwaben, Untersteierer und Gottscheer.
3. Die Notwendigkeit der Stabilisierung der Macht der Kommunisten, wobei sich der Terror an den Volksdeutschen als öffentlich wirksam erwies und ihre Vernichtung die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wesentlich erleichterte.

4. Die Belohnung der aktiven Partisanenkämpfer aus den kargen Gebieten, hauptsächlich der Krajina und Lika, mit fruchtbarem Boden und guten Häusern.
5. Der Neid ob der im Verhältnis zu den übrigen ländlichen Vorteilen Jugoslawiens alles in allem größeren materiellen Wohlhabenheit des deutschsprachigen Bevölkerungsteils.
6. Die Haß- und Rachegefühle gegen den deutschsprachigen Bevölkerungsteil, weil dessen wehrfähige Männer zum Großteil in deutschen Verbänden gekämpft hatten.
7. Die Beispielwirkung, die von den Alliierten und besonders Stalin ausging, die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie zu betreiben oder zu tolerieren.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Buch "Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-48 - Die Stationen eines Völkermords" kann außer über den Buchhandel bei der Donau-schwäbischen Kulturstiftung ... bestellt werden.

Dr. Wildmann/Stratmann (DOD) ...<<

26.06.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<



Abb. 90 (x904/...): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>Zur rechten Zeit

Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...

Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...

Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

08.07.1999

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 8. Juli 1999: >>Bonn will Klage von NS-Opfern gegen Degussa-Hüls abwenden

... Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.

Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.

Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden. Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Gericht.

Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

15.07.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juli 1999: >>"Ein kalter Wind weht herüber"

... Der häßliche Deutsche feiert Auferstehung. In den letzten Jahren möchte man auch in Polen nicht mehr über ihn reden.

Deutschland war das Land, das Polens EU- und NATO-Beitritt betrieb, mit einer vorbildlichen Demokratie und einem Kanzler, der in Polen noch beliebter als in Deutschland war, besonders bei den Intellektuellen.

Seit einigen Wochen ist das anders. Wenn Andrzej Normalverbraucher morgens die Zeitung aufschlägt, dann erfährt er auf der ersten Seite, wie SS-Schergen auf Anweisung des Degussa-Konzerns KZ-Häftlingen die Zähne herausreißen ließen und diese anschließend zu Goldbarren einschmolzen.

Er erfährt, daß die Kattowitzer Zentrale der Dresdner Bank den Bau von Auschwitz finanziert hat. Und er erfährt, wie viele Veteranenorganisationen dagegen protestieren, daß die deutsche

Regierung ehemalige Zwangsarbeiter in verschiedene Klassen einteilen will – und daß die polnischen Zwangsarbeiter ziemlich weit unten in der Hierarchie angesiedelt werden sollen. Kein Thema, das mit Deutschland zu tun hat, hat in den letzten Wochen und Monaten so viele Zeitungsspalten gefüllt wie die geplanten Entschädigungen für Zwangsarbeiter.

Nur die Warschauer "Polityka" weist ab und zu noch darauf hin, daß Gerhard Schröder der erste Kanzler ist, der laut über Entschädigungen für Naziopfer rede, "während sein Vorgänger es vorzog, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen". Dankbarkeit erntet die rot-grüne Bundesregierung dafür noch lange nicht. Selten hatte Deutschland in Polen nach 1989 eine schlechtere Presse als diese Tage.

... Nun werden in der Öffentlichkeit Zahlen diskutiert, bei denen selbst Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation abwinken: Von 48 Milliarden DM an entgangenen Löhnen für 600.000 Zwangsarbeiter ist da die Rede und von Zahlungen auch an die Erben Verstorbener. Hinter vorgehaltener Hand ist aus Kreisen des Außenministeriums zu erfahren, daß schon drei Milliarden nur für noch lebende Opfer eine gute Verhandlungsbasis wären. Doch wie kommt man von den riesigen Erwartungen, die in der Öffentlichkeit kursieren, wieder herunter?<<